

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 65, Lindenstraße 3
Zentralredaktion: Dönhofs 202-205
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 65, Lindenstraße 3
Zentralredaktion: Dönhofs 202-205

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Verantwortlichen.

Sie schweigen und beschönigen.

Die entsetzliche Mordtat in Parchim sollte — so müßte man meinen — bei allen anständigen Menschen gleiche Verurteilung finden. Die deutschnationale Presse hätte Gelegenheit zu zeigen, ob sie wirklich mit dieser Gesellschaft noch irgend etwas zu tun haben will.

Für den Haß und die Büt, die dem Spiegel und Berrat gegolten haben, wird jeder anständige Mensch Verständnis haben — vor allem doch wohl auch unsere Sozialdemokratie. Uebrigens geht aus der Darstellung des Polizeipräsidenten deutlich hervor, welche Rolle der Alkohol bei der Scheußlichkeit gespielt hat.

Wie weit Verbrechen — in Reddenburg-Schwerin noch dazu — diese Frage restlos auflären werden, das ist natürlich noch die Frage. Dazu müßte zunächst der Wille vorhanden sein, wozu wir nach der Freilassung der beiden deutschnationalen Ortsgruppenleiter in Parchim nicht überzeugt sind.

Ob Rabow ein Spieß war oder nicht, geht uns nichts an. Eben erst hat der Münchener Hochverratsprozeß in überste Winkel rechtsradikaler Organisation hineingeleuchtet.

Frankreich und Dorten.

Paris, 26. Juni. (E.E.) Das französische Auswärtige Amt betont zu dem im „Observer“ veröffentlichten Bericht des französischen Rheinland-Oberkommissars Lirard, daß diese Behauptungen bereits von anderer Seite offiziell dementiert seien.

London, 26. Juni. (E.E.) Reuters dementiert die vom „Main“ aufgestellte Behauptung, der Leiter des englischen Nachrichtenbüros in Köln, Oberst Ryan, habe während des Rapp-Bauches mit dem Oberbürgermeister Adenauer zusammen gearbeitet im Interesse eines unabhängigen Rheinlandes.

Englische Intervention gegen den Hungerkrieg.

Essen, 26. Juni. (Wib.) Zurzeit bereist ein englischer Oberst mit seinem Adjutanten, einem Oberleutnant, das Ruhrgebiet zur Prüfung der Lebensmittelversorgung, und zwar, wie verlautet, im Auftrag der I.R.A., die die Anträge dazu von Baldwin bekommen haben soll.

genügt auch dafür, die moralische Verantwortung denen zuzuschreiben, die diese able Atmosphäre durch die politische Heße erzeugen.

Da wird die große Reinigung einsehen müssen. Sonst wird uns die Selbstzerfleischung die Entscheidung über den Widerstand gegen den Volksfeind ersparen.

Und die „Vossische Zeitung“ erinnert mit Recht an die genauen Bestimmungen des von uns aufgedeckten Magdeburger Feuertatuts. Damals machte eine gewisse Presse uns nicht nur Vorwürfe über die Veröffentlichung dieser Dinge.

Soll das geschehen, dann muß zunächst an Ort und Stelle gründlich und radikal durchgegriffen werden. Die ganze deutschnationale Organisation ist ebenso wie die Kossbach-Organisation einschließlich ihrer Zentrale lediglich ein Deckmantel für die Terrorbanditen.

Weitere Verhaftungen.

In Berlin sind von der Abteilung I A des Polizeipräsidenten zwei weitere Verhaftungen vorgenommen, die mit dem Parchimer Mord in Verbindung stehen.

Opfer der eigenen Kameraden.

Paris, 26. Juni. (Wib.) Wie hawas aus Düsseldorf meldet, ist in der gleichen Nacht, in der durch einen französischen Wachtposten ein Hauptmann des 57. Infanterieregiments getötet wurde, auch ein Soldat des 40. Infanterieregiments als Nachposten bei Callum nördlich von Düsseldorf von einem Soldaten des gleichen Regiments getötet worden.

Aus dem Ruhrgebiet wird gemeldet: In Gladbeck wurde am 24. Juni auf der Holtshauer Straße ein Schuhmacher aus Horst, ein Invalide, der im Krankenhaus in Horst-Emscher als Pfleger untergebracht ist, von einem belgischen Posten erschossen.

Dollarkurs: 130 000.

Die allmählich einsetzenden Bedarfskäufe der Industrie und des Einzelhandels haben heute dem Devisenverkehr ein sehr festes Gepräge. Es zeigte sich auch wieder, daß der bisherige Freiverkehr in Dollarnoten vollständig durch den Handel in Dollar-Schahamweisungen ersetzt wird.

Das Problem der Preisgestaltung

Von Stadtrat Wilhelm Schünig.

Wenn man zuerst Betrachtungen darüber anstellt, nach welchem System die Preisfeststellung aller Bedarfsartikel erfolgt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß eine auf wirtschaftlicher Grundlage beruhende Preisberechnung überhaupt nicht vorhanden ist.

Diese willkürliche Preisfestsetzung hat zu einer Reihe von Verordnungen der Reichsregierung Veranlassung gegeben. Insgesamt sind seit 1914 25 solcher Verordnungen erlassen.

Diese Verordnungen werden demnächst durch 7 andere ersetzt, und zwar betreffen sie: die Preistreiber, die Ein- und Ausfuhr, die Handelsbeschränkungen, die Notstandsversorgung, die Auskunftsspflicht, die Preisprüfungsstellen und die Buchergerichte.

Diese Verordnungen, die eine bürgerliche Regierung erlassen muß, sind ein Beweis dafür, daß das reine privatwirtschaftliche System eine schrankenlose Ausbeutung der breiten Masse der Verbraucher zur Folge hat.

In normalen Zeiten war die Preisfestsetzung kontrollierbar. Man konnte den gesellschaftlichen Wert einer Ware und den Profit feststellen. Heute ist dies fast unmöglich. Nachdem jetzt der Gesetzgeber bei der Preisfestsetzung mitwirkt, gehen die Forderungen der Interessenten dahin, daß die Marktpreise anerkannt werden.

Die Vorschriften über die äußere Kennzeichnung von Waren müssen dahin ergänzt werden, daß auch die Angabe der Herstellungszeit vorgeschrieben wird.

Gegen die Anerkennung der Verbandspreise, die die wirtschaftlichen Verbände von Handel und Industrie festsetzen, muß unter allen Umständen Stellung genommen werden. Die Nachprüfung dieser Preise ist mangels gesetzgeberischer Vorschriften äußerst schwierig.

Ueberhaupt liegt der Angelpunkt der ganzen Preisfestsetzungen bei den Kartellen, Trusts und Syndikaten, welche bei der gegenwärtigen Befehlshaltung vollständig freien Spielraum haben.

Die Regierung muß, wenn sie den berechtigten Forderungen der großen Verbraucher massen Rechnung tragen will, eine scharfe Kartellbeaufsichtigung auf gesetzgeberischem Wege herbeiführen.

Bei der heutigen Preisfestsetzung spielt ferner die Indexziffer eine wesentliche Rolle. Die Indexziffern werden nicht nur amtlich, sondern auch privat hergestellt.

Bei der Preisbemessung spielt dann auch der Verteilungsapparat eine stark verteuende Rolle. Auch hier muß mit gesetzgeberischen Mitteln vorgegangen werden.

Die Waren müssen auf dem kürzesten Wege von den Produktionsstätten an den Verbraucher gebracht werden. Alle überflüssigen Etappen, die nur preissteigernd wirken, müssen rücksichtslos beseitigt werden.

Die eingangs erwähnten Verordnungen, die im Laufe des Juli Gesetzeskraft erlangen werden, dürfen aber nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, sondern müssen mit aller Schärfe im Interesse der Verbraucher angewandt werden.

Die systemlose Preisfestsetzung ist nicht länger tragbar. Hier Ordnung zu schaffen, ist Pflicht der Regierung. Ob sie dazu die Kraft und den Mut besitzt?

Der neue Nationalheld.

Nadel feiert Schlageter.

In der Sitzung der erweiterten Exekutive in Moskau am 20. Juni, in der die Frage des internationalen Faschismus erörtert wurde, hielt Karl Nadel eine Rede, die in großer Aufmachung auf der ersten Seite der „Roten Fahne“ veröffentlicht wird. Die Referentin Klara Zetkin hatte die sozialen und politischen Wurzeln des Faschismus aufgeleitet. Karl Nadel's Rede mündete aus in einer Verherrlichung Leo Schlageters, des faschistischen Nationalhelden, dem so von berufener Seite die kommunistischen Weihen erteilt worden sind.

Man traut seinen Augen kaum, wenn man in dieser Rede folgende Sätze liest:

„Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich geliebt zu werden. ... Wenn die Kreise der deutschen Faschisten, die ehrlich dem deutschen Volke dienen wollen, den Sinn der Geschichte Schlageters nicht verstehen werden, so ist Schlageter umsonst gefallen, und dann sollten sie auf sein Denkmal schreiben: Der Wanderer ins Nichts.“

Seit Monaten erschallt aus den Spalten der kommunistischen Presse das Gebrüll über die faschistische Gefahr, der angeblich die Sozialdemokraten Vorstoß leisten. Nun eröffnet Nadel in der Sitzung der höchsten Körperschaft der kommunistischen Internationale, nach Komplimenten an die Adresse des „mutigen Soldaten der Konterrevolution“ und der „ehrlichen Faschisten, die Präliminarien mit den Trägern des deutschen Faschismus. Der freundschaftliche Verkehr des russischen Sowjetgesandten mit Mussolini erhält nun ein würdiges Seitenstück.

Kommt jedoch der russische Sowjetgesandte in Rom immerhin das Argument für sich geltend machen, daß er als Vertreter der russischen Staatsgewalt mit dem italienischen Diktator verhandelte, so hat Nadel nichts anderes im Auge, als einen neuen Bauernfang großen Stils, bei dem er und seine Mitläufer — wie immer — die betrogenen Betrüger sein werden.

Nadel sucht, unter Hinweis auf die wirtschaftliche Verelendung breiter Schichten des deutschen Mittelstandes, eine „eiserner Phalanx“ der Kopf- und Handarbeiter herzustellen. Er tut das aber nicht, indem er das gemeinsame sozialpolitische Interesse dieser beiden Schichten herausarbeitet, sondern indem er an die nationalistischen Vorurteile der deutschen Intellektuellen anknüpft und sich ihrer rückständigen „patriotischen“ Ideologie anpaßt.

Nadel redet den Leuten um Schlageter gut zu, daß sie die Sache des Volkes zur Sache der Nation machen mögen. Er versichert den deutschen Faschisten, daß sie den Kampf gegen die Entente siegreich ausfechten würden, wenn sie sich mit den Arbeitern vereinigen. Die Absicht in allen Ehren. Doch seit wann glaubt die höchste Instanz der Moskauer Internationale, die den Worten Nadel's Beifall spendete, daß man durch „Listen mit einer Idee“, durch gutes Zureden an die politischen Gegner des Proletariats, die faschistischen Wölfe in zahme Lämmchen verwandeln kann?

Was sich in der Sitzung der Moskauer Exekutive abspielte, ist nichts weiter als eine Neuauflage des Nationalsozialismus, für den sich Nadel neuerdings mit verdächtigem Eifer ins Zeug legt. Diese Politik des nationalistischen Bauernfanges ist bezeichnend für die innere Unsicherheit der kommunistischen Führer, die sich wie Wetterfahnen nach allen Seiten drehen und fortgesetzt nach dem günstigen Wind Ausschau halten, der ihr leeres Schiff vorwärts bringen könnte. Die Arbeiterklasse muß sich hüten, den neuen Parolen dieser

Abenteurer ins Garn zu laufen. Die unvermeidliche Folge wäre nur neue Illusionen und Enttäuschungen, wäre nur das Hinabgleiten der nationalsozialistisch aufgepeitschten Massen in das Fahrwasser der Wulle, Hülse und Konjorten.

Wo sind die Kartoffeln?

Bei den Bauern — aber nicht zu haben!

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft weiß der Verbraucherwelt diese tröstlichen Mitteilungen zu machen:

Der normale Verlauf des Kartoffelmarktes hat stets um diese Jahreszeit eine Verringerung des Kartoffelangebots mit sich gebracht. Die derzeitige Kartoffelnot findet ihre Erklärung in den ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen. Große Mengen von Kartoffeln lagern noch bei den Erzeugern. Wenn nun diese Kartoffelbewerger ihren Weg nicht nach den Stadtmärkten finden, so liegt das nicht an den Erzeugern. Diese haben vielmehr das größte Interesse daran, ihren Kartoffelvorrat abzugeben, da durch das regnerische Wetter die Kartoffeln der Fäulnis ausgesetzt sind. Eben dieser Umstand ist es, der den Kartoffelhändler mit einem außerordentlichen Risiko belastet. So zeigt er denn wenig Neigung, die bei der gegenwärtig hohen Preissteigerung erforderlichen Summen anzulegen und das Risiko des Transportes zu tragen. Die überragende Stellung, die die Kartoffeln infolge der Preissteigerung anderer hochwertiger Nahrungsmittel im Konsum weiter Kreise der Bevölkerung allmählich eingenommen hat, hat die Nachfrage nach ihr gesteigert und trägt ihrerseits zur Kartoffelnot bei.

Der langen Rede kurzer Sinn ist also dieser: Es sind noch große Mengen Kartoffeln bei den Bauern vorhanden. Die Städte aber müssen hungern, weil die Kartoffeln nicht vom Land in die Stadt kommen. Der „freie Handel“, der nach der Weisheit der bürgerlichen Reichstagsparteien allein in der Lage ist, zwischen Bedarf und Befriedigung regulierend zu vermitteln, versagt gerade in den kritischsten Wochen, weil ihm das „Risiko“ zu groß erscheint. Die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln wie aller anderen Lebensmittel sicherte den Massen in den Städten und Industriezentren wenigstens ein Mindestmaß an Nahrungsmitteln. Aber da die öffentliche Bewirtschaftung den Profit beschnitt, deshalb war sie allen am Profit interessierten Kreisen ein Grauel und Schewel, bis die „Deutsche Volkspartei“ mit ihrem Industriekapital ihre Beseitigung durchsetzte.

Der Kampf gegen die öffentliche Bewirtschaftung und für den freien Handel wurde unter der Parole geführt, daß die Freiheit der Wirtschaft dem Volke wieder reichlich und billig Brot und selbstverständlich auch billige und reichliche Kartoffeln bringen würde. Wir erleben jetzt den Segen, den die freie Wirtschaft gebracht hat: Teueres und immer wieder im Preise gesteigertes Brot, unerschwingliche Preise auch für Kartoffeln, das „Brot des armen Mannes“, und dazu das groteske Spiel, das die großen Mengen von Kartoffeln vom Handel einfach nicht erfaßt werden, weil das „Risiko“ zu groß ist!

Die Herrlichkeit, die die hungernden Arbeiterfamilien jetzt erleben, danken sie in erster Linie dem kapitalistischen Treiben der „Deutschen Volkspartei“ und dem Drängen der agrarischen Kreise, die lieber ihre Vorräte dem Verderben ausliehen, als daß sie im Interesse des gesamten Volkes diese Vorräte in die öffentliche Hand gäben. Wenn diese Tatsachen bis zu den nächsten Wahlen nicht wieder vergessen werden, könnte sich die Zusammensetzung des Reichstags leicht anders gestalten. Die Parteien des Privatprofits haben ihre Erfolge bisher lediglich der — Vergeßlichkeit der Wähler und Wählerinnen zu danken gehabt.

Cuno und die französische Linke.

Seit einiger Zeit erscheint in Paris eine neue Tageszeitung, der „Quotidien“. In seinem Redaktionskomitee sitzen Demokraten und Sozialisten. Er bekämpft mit Entschiedenheit die innere und äußere Politik Poincaré's und des nationalen Blocs. Um so mehr Beachtung verdient ein kurzer Artikel Pierre Bertrand's unter der Überschrift „Eine beunruhigende Tatsache“, der in den letzten Tagen in dem Blatte erschienen ist. Es heißt dort u. a.:

„Man weiß, was wir über die auswärtige Politik Poincaré's denken. Aber es gehört zu unserem Programm, daß wir bei aller Oppositionsstellung ehlich sind, und es ist einfache Ehrlichkeit, anzuerkennen, daß Herr Cuno eine Politik der Provokation treibt, daß seine Minister und der Reichstag ihm folgen und daß das deutsche Volk, in seiner Masse gesehen, sehr unzureichend darauf reagiert.“

Wir haben fortgesetzt den Standpunkt vertreten, daß es zwei Deutschland gibt. Aber die beunruhigende Tatsache besteht darin, daß das andere Deutschland, das liberale und demokratische Deutschland, von dem wir hoffen, daß es uns bei der Befriedung Europas helfen werde, statt an Boden zu gewinnen, Boden zu verlieren scheint bis zu dem Grade, daß der Kanzler ohne Mehrheit im Reichstag sich auf eine Politik verlassen kann, die gleichzeitig ruind und gefährlich ist, eine Politik der Raubsucht, der Aufreizung und der Herausforderung. Die Ansicht, England werde Frankreich nicht folgen, reicht zur Erklärung dieser Haltung nicht aus. Sie kann nur eingenommen werden, wenn Cuno sich durch das Vertrauen des Volkes gestützt fühlt. Vielleicht jedoch täuscht er sich. In diesem Fall ist es hohe Zeit, daß die vernünftigen Leute in Deutschland ihm die Augen öffnen.“

Pierre Bertrand betont in seinem Artikel ausdrücklich, daß an dem Erstarken des chauvinistischen Geistes in Deutschland Frankreich Schuld trage. Diese Feststellung genügt nicht. Wir fragen: Was hat Frankreich, das demokratische Frankreich getan, um dem „anderen Deutschland“ seinen Kampf für politischen und sozialen Fortschritt, seinen Kampf für Frieden und Verständigung zu erleichtern? Vielleicht betont der Mitarbeiter des „Quotidien“ auch zu stark den bösen Willen des Kabinetts Cuno, wo er doch einen großen Teil der Schuld auf das Konto jener rechts stehenden politischen Kreise legen könnte, die infolge der verhängnisvollen Politik Frankreichs einen starken Einfluß auf die deutsche Politik gewonnen haben. Aber auf jeden Fall ist es nützlich, auf diese Stimme aus einem Kreise zu achten, der in der schärfsten Opposition zu Poincaré stehend grundsätzlich eine ehrliche Verständigung mit Deutschland anstrebt. Wenn die deutsche Politik nicht nur den nationalen Bloc gegen sich hat, sondern auch das Mißtrauen der französischen Linken erregt, dann sind ihre Aussichten nicht allzu hoffnungsvoll.

Keine französisch-englische Annäherung.

Nach dem „Daily Telegraph“ hat die am Sonntag zwischen Poincaré und Lord Crewe gepflegte Erörterung nur die Verschiedenheit zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt in den wesentlichsten Punkten enthüllt. Derartige Abweichungen auszugleichenden, müße eine schwierige und langwierige, wenn nicht unmögliche Aufgabe sein. Der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Mac Reill, hat noch am Sonnabend in Canterbury gefagt, jede verlängerte militärische Befehung und wirtschaftliche Anhebung des Ruhrgebiets werde nur zu sozialen und wirtschaftlichen Unruhen in Deutschland führen, was den französischen Absichten vollkommen zuwider sei. (?) Nach dem „Daily Telegraph“ haben ausländische Beobachter in Deutschland den Eindruck gewonnen, daß nach der wirtschaftlichen Lage Deutschlands der passive Widerstand sicherlich noch eine Anzahl von Monaten aufrechterhalten werden könne. Man sei der Ansicht, daß die Vorbedingung für die Sumation an Deutschland, den passiven Widerstand aufzugeben, die Versicherung sein würde, daß als Gegenleistung das Ruhrgebiet bald seine industrielle und administrative Freiheit wiedererlangen könnte. Aber an Aussicht auf ein derartiges Kompromiß sei augenblicklich leider nicht zu denken.

„Petit Parisien“ schreibt offenbar offiziös, daß entgegen gewissen optimistischen Nachrichten die letzten Verhandlungen zwischen Poincaré und Crewe den Meinungsaustausch Paris-London nicht besonders gefördert hätten. Tatsächlich scheine man sich in Erwartung der Beendigung der belgischen Ministerkrise für den Augenblick darauf zu beschränken, die Verhand-

„Der Tod des Empedokles“ von Hölderlin.

Staatstheater.

Sehr geehrter Herr Leopold Jechner!

Vor 125 Jahren ist der „Tod des Empedokles“ entstanden, und mehr als ein Jahrhundert später — 1916 — ist er zum erstenmal auf der Bühne erschienen. Der kühnende Dichtergeist Hölderlin's hat seinem „Empedokles“ immer von neuem dramatisches Leben einzuhauchen versucht, hat geformt und gemodelt und istendend gestaltet, aber die einzelnen Teile hat er nicht nach einheitlichem Plan zu einem Guch zusammenschweißen können. „Empedokles“ ist Fragment geblieben. Mit liebevollem Versenden in des Dichters Empfindungswelt hat Wilhelm v. Scholz ehrsüchtig die Bruchstücke geschmiedet, zugeleitet und — ausgemergelt, bis ihm das Entstandene ein Schauspiel für die Bühne schien, und dann hat er die Dichtung mit unendlicher Sorgfalt für die Aufführung vorbereitet. Es war ein großer Abend damals im Städtischen Hoftheater. Wozu ich Ihnen das sage, Herr Jechner? Das sei Ihnen alles bekannt? Was vor sieben Jahren Wilhelm v. Scholz unternommen hat, war ein Wagnis, ein mutiges Experiment, es war eine künstlerische Tat.

Von dem Erfolg bestochen, haben Sie die Scholz'sche Bearbeitung angenommen; zugegeben, daß Sie Ihrer Gemeinde erhabenen Genuß zu bereiten bestrebt waren. Aber dann ist Ihnen wieder Angst geworden vor Ihrem eigenen Entschluß. Sie wollten die Sorge los sein. Nun mal endlich herausgebracht, den „Tod des Empedokles“! Sie führen ihn auf, wo Ihre Bühnenglieder die Koffer packen und sich auf den Urlaub freuen. In acht Tagen gibt's Ferien. Und Scholz, der Erwecker des Genius Hölderlin's, hat keine Bearbeitung für eine feste Bühne vorgesehen. Für den schwärmerischen Taumel des Gedankensflugs, für die jauchzende Hingabe zur Allmutter Natur, für die hinreißende lyrische Musik der Sprache Hölderlin's muß eine weibliche Stimmung geschaffen sein. Was war aber gestern festlich? Es kommt nicht allein darauf an, was man seriert, Herr Jechner, sondern wie man seriert. Wenn Sie den „Empedokles“ durchaus in dieser Zeit geben mußten, dann vielleicht in einer Rathenau-Feier. Da wäre auch Ihre Aufführung eine künstlerische Tat gewesen.

So aber haben die Mängel der Dichtung den poetischen Gehalt getötet. Sie hat nicht den dramatischen Schwung, der die Prosa der Umwelt in uns beäugt, daß wir unsere Körperschicht vergessen und selbst Figuren der Bühne werden. Der Stoff ist aus der Antike genommen, in die wir erst durch wuchtiges Gestalten hineingeführt werden müssen, da die Gegenwart uns zu hart bedrängt. Empedokles, trotz seines Herrschergeistes über die Kräfte der Natur, vom Volk geliebt und wie ein Abgott verehrt, nennt sich im Lebensmüde Gott. Mit der Ernüchterung bricht die Verzweiflung über ihn herein und gleichzeitig verbannt ihn der Richter des geschmäherten Gottes mit größlichem Fluch von seinem Volk. Erschüttert nicht er, gewinnt dann aber in der Selbstbefriedigung seine Beziehung zur geliebten Natur zurück und findet seine Erfüllung im Entschluß, zu sterben, um eins zu sein mit ihr. In diesem Ge-

denken beauftragt er sich, auf der Höhe seiner Erkenntnis seinen sterblichen Leib abzugeben, und sein Entschluß bleibt unerschütterlich, auch als das Volk den Verbannten reumütig zurückruft und den Priester verdammt.

Wir empfinden wohl das Erhabene dieser Bejahung im Todeswillen, aber die Welt des Dichters bleibt uns im letzten fremd. Eine Saite klingt an, aber die Lyne einen sich nicht zur Harmonie. Eine alte umrahmte feierliche Musik würde der Wirkung der Tragödie zugute kommen“ schreibt Wilhelm v. Scholz. Wie oberflächlich machen Sie das, Herr Jechner. Ansätze überall, aber kein Wille zur Durchführung. Das Bühnenbild von Aeschylus Giese ist stützig, will gewaltig sein, und ist dürftig. Der Aetna im letzten Bild steht aus wie ein Riesenguckhut, vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt. Dieser Guckhut wirft auf den unendlichen wolkenlosen Himmel tatsächlich einen Schatten. Aber, aber Herr Jechner! Dem Empedokles versucht Karl Ebert Wahrscheinlichkeit und Goethe einzubringen. Aber er gibt sich schon im Anfang aus, so daß nachher keine Kraftsteigerung bleibt, nachher, wo er sich überwinden hat, und sein freudetrunkenes Todeslied anstimmt. Leo Reuß soll einen jamaikanischen Priestergeis verkörpern und macht einen gewalttätigen hitzschwanden Kraftmeier daraus. Dieser Priester ist ein Ringkämpfer. Die schwärmerische Bekehrerin des Empedokles Panthea (Lucie Mannheim), „Hilfster“ so sehr, daß sie wie ein Automat wirkt. Ihre Freundin Delia (Helene Körner) muß erst die Bühnensprache lernen, ehe sie getragene Pathetik vorbringt.

Ich wünsche Ihnen gute Erholung und Kraft zu lebensgestaltenden Anstrengungen, Herr Jechner. Gestern haben Sie nur schöne, aber wohlthuende Deklamation geboten. Ernst Degner.

Fromme Leertinsel. Die Frauen von Athen sind aufs höchste beunruhigt durch das Wirken einer Gesellschaft von Männern, die sich die „Selbstchristen“ nennen. Diese Frommen haben erklärt, daß sie unerschütterlich gegen alles vorgehen werden, was sie die Verderbnis der öffentlichen Sittlichkeit nennen. Für den Niedergang der Moral machen sie hauptsächlich die festen Ausschnitte und die nackten Arme der Frauenwelt verantwortlich. Sie greifen Frauen, deren Kleidung größere Teile des Körpers frei läßt, am helllichten Tage an und beschämern ihnen Arme und Nacken mit Leer, beludeln auch ihre Kleider mit dieser unerfreulichen Flüssigkeit. Die „Selbstchristen“ lassen sich durch die Schlägereien nicht abhalten, in die sie mit den männlichen Begleitern der also behandelten Frauen geraten. Der Führer der Schar ist ein Obsthändler aus dem Piräus. Schade, daß der fromme Obsthändler und die ihm dienenden Leertinsel nicht schon zur Zeit der alten Hellenen wirksam waren. Schmutzpfinken wie Biblies und Bragielles hätten dann durch ihre Ruditäten die öffentliche Sittlichkeit Athens unmöglich verderben und noch auf späte Jahrgangende verrohend einwirken können.

Nazigigaretten-Gesetze. Als im Jahre 1918 den Amerikanern, wenigstens theoretisch, der Alkohol entzogen worden war, wurden vielfach Stimmen laut, daß bald auch der Tabakgenuß verboten werden dürfe, für welches Verbot sich auch Verbände wie der „Schugverband der Nichtraucher“ energisch eingesetzt haben. Diese

Voraussetzung ist nicht eingetroffen; vielmehr hat in den letzten verfloffenen fünf Jahren die Anti-Alkohol-Bewegung erhebliche Rückschritte gemacht. So haben vier von den sechs Staaten, die damals oder früher Gesetze erlassen hatten, die das Zigarettenrauchen in der Öffentlichkeit mit schweren Strafen belegten, diese widerrufen, und es bestehen solche Gesetze nur noch in Süd-Dakota und Kansas.

Sechs Minuten Sonnenschein in einer Woche. Wir Deutschen sind gewöhnt durch den Sonnenschein nicht verwöhnt, und besonders in diesem Sommer nicht. Aber es geht uns doch noch besser als den Londonern, die lange Monate in einer ewigen Wolke von Rauch und Nebel leben. Wie in der „Umschau“ mitgeteilt wird, ergibt sich aus den Wetterberichten von Greenwich, daß London und seine nähere Umgebung im vergangenen November während 7 aufeinander folgender Tage nur 6 Minuten Sonnenschein hatte. Dieser Mangel an Sonnenschein zeigt sich in der Sterblichkeitsstatistik, die in der erwähnten Woche auf 12,3 pro Tausend anstieg. Aber dieses Fehlen des Sonnenscheins kostet außer Menschenleben auch riesige Summen. So hat man berechnet, daß ein einziger starker Nebeltag London zu Mehrausgaben von 1 Million Pfund Sterling zwingt, die durch härtere Beleuchtung, durch besondere Transportmittel, durch Wäsche, Verlust an Wägen und durch Verzögerungen verursacht werden.

Vollstühne. Theater am Palastplatz (Sommerdekoration). Am 1. Juli gelangt das Alt-Berliner Volksstück „Hoblenrat's Erben“ von Heinrich Hillen. Musik von Gustav Reichels und Wolfgang Zeller, erstmalig zur Aufführung.

Die Nationalgalerie ist am 27. das Kronprinzenpalais am 29. für das Publikum geschlossen.

Karin Brangell, die Mithin unserer Staatsoper, ist von Januar 1924 an auf 6 Jahre an die Metropolitan-Oper in New York verpflichtet worden.

Geographische Studienreisen für Lehrer. Der Verband deutscher Schulgeographen veranstaltet unter Mitwirkung der Hermann-Otto-Siftung in den Sommerferien eine Reihe wissenschaftlicher Studienreisen für Lehrer. Geplant sind: 1. Wetterau und Vogelsberg vom 19. bis 22. Juli unter Führung von Prof. Dr. F. R. Lütze, Gießen (Anfragen zu richten an Prof. Friedrich Wenzel, Gießen, Genslerstr. 6, 6. Edg.). 2. Vogelland und Franconien während der Sommerferien 1923 (Dr. Erich Martin, Greis, Karolinenstr. 18). 3. Saale-Elbe-Staatspark vom 22. bis 25. Juli (Dr. Richard Jena, Geographisches Institut). 4. Umgebung von Innsbruck in der ersten August-Woche (Prof. Dr. F. Sölk, Innsbruck und Prof. Dr. Friedl, Geographisches Institut). 5. Schlesien-Polen, 5 bis 10 Tage in der 2. Hälfte des Juli (Dr. E. Hinrich, Lübeck, Adnighstr. 66 II). 6. Oberhochrhein vom 1. bis 4. August (Dr. E. Wunderlich, Stuttgart, Dordweg 3). 7. Sächsischer Schweiz, 4 Tage in den Hochschneebergen (Studienrat Johannes Kuhnert, Dresden, Kurfürstenstr. 20 III). Außerdem findet vom 20. bis 27. September ein „Didaktischer Lehrkurs“ auf Helgoland statt und vom 16. August bis 19. September ein „Interdisziplinäres Praktikum der Staatlichen Biologischen Fakultät auf Helgoland“. Anfragen sind möglichst bald an die Führer unter Beifügung des Rückports zu richten.

Untertunnelung des Bodorus? Wie aus Konstantinobel gemeldet wird, beschäftigt sich das türkische Ministerium für öffentliche Arbeiten mit dem Projekt eines türkischen Tunnelbaus, unter dem Bodorus einen Tunnel zu bauen.

lungen nicht ganz fallen zu lassen. Der englische Fragebogen über den passiven Widerstand sei noch nicht beantwortet. Ueber die meisten Fragen, z. B. über eventuelle Maßnahmen, die nach einer deutschen Kapitulation getroffen werden müßten, über die zu verlangenden Geldzahlungen, über die Einberufung einer Konferenz mit oder ohne Teilnahme der Deutschen sei noch keine präzise Diskussion eingeleitet. Dieser Stillstand werde übrigens durch den überaus freundschaftlichen Ton, der Verhandlungen in der letzten Zeit ausgeglichen, wobei beide Parteien den Willen gezeigt hätten, zu einer Verständigung zu gelangen.

Kommunistische Polenpolitik.

Der Berliner Korrespondent des sozialdemokratischen Warschauer „Robotnik“ ersucht uns um Veröffentlichung folgender Zuschrift:

Die „Rote Fahne“ vom Sonntag mündet sich gegen meine Korrespondenz vom 15. Juni, den „Robotnik“. Darin hatte ich die Stellung der deutschen Presse zu der letzten Regierungskrise in Polen besprochen und dabei auch über die „Rote Fahne“ berichtet, daß sie sich in dieser Frage so sehr ausschweigt. Als im Sommer 1922 ein Streit zwischen Pilsudski und dem damaligen Außenminister Stirmunt, einem der Hauptlinge der Reaktion, ausbrach, da kämpfte die „Rote Fahne“ mit einem ungläublichen Eifer zugunsten Stirmunts. Damals konnte man in der „Roten Fahne“ lesen, Pilsudski sei ein von den Franzosen gekaufter Söldling, ein Verräter der Agrarier der östlichen Grenzgebiete; er sei reaktionärer als die Nationaldemokraten (äußerste Rechte). Stirmunt und die Nationaldemokraten verfolgten nämlich eine nach Rußland orientierte Außenpolitik, während Pilsudski aber der zaristischen Großmachtspolitik Moskaus kein Vertrauen schenkte. Das gegenwärtige Schweigen der „Roten Fahne“ war mir um so merkwürdiger, als zugleich das andere Berliner Sprachrohr der bolschewistischen Regierung, „Kakanunje“, in mehreren Artikeln zum Systemwechsel in Polen Pilsudski heftig und grob angegriffen, dagegen die jetzige national-demokratische Richtung mit Lob überschüttet hatte.

Im „Robotnik“ machte ich darauf die Bemerkung, daß sich die „Rote Fahne“ in einer Verlegenheit befinde. Sie möchte gewiß gerne in den polnischen Angelegenheiten die Sprache ihres Bruderorgans „Kakanunje“ führen. Sie wäre aber gebunden durch die Stellung, die sie mehrere Wochen hindurch Frankreich gegenüber, wenigstens theoretisch, eingenommen hat. Zum Beweis zitierte ich die nach der Ueberreichung der ersten Rote Cuno von der kommunistischen Zentrale empfangene Resolution, die am 4. Mai d. J. in verschiedenen kommunistischen Versammlungen auch angenommen wurde, ebenso aus verschiedenen Artikeln der Zeitschrift „Internationale“, worin von „nationaler Verteidigung“ trotz des Verrats der deutschen Bourgeoisie und von „nationalen Verrat der Regierung Cuno und seiner sozialdemokratischen und sozialreformistischen Helfershelfer, die das Ruhrgebiet den Franzosen ausliefern müßten“, die Rede war.

Kun ist aber die polnische Außenpolitik der Richtung Dmowski-Stirmunt-Segda nicht nur russophil, sondern auch frankophil, und zwar bedeutend frankophil als die Richtung Pilsudski-Storki.

Aus dieser Situation zog ich den Schluß, der „Roten Fahne“ stehe es schmerzlich, öffentlich sich über das Zustandekommen einer Franko-polnischen Einheitsfront mit der kommunistischen und Sozialisten in Polen, über die Abschaffung der Druckerei, in der der „Robotnik“ gedruckt wird usw. Obwohl es sehr leicht wäre, sie zu beantworten, lasse ich sie unerörtert, um das Thema meines „Robotnik“ Artikels nicht zu verwässern.

Zur Sache gehört nur diese Frage der „Roten Fahne“: „Ist es wahr, daß diese Partei (die P.P.S.) die neue polnische Regierung vor allem deswegen angegriffen hat, weil sie nicht genügend kriegerisch gegenüber Sowjetrußland auftritt?“ Das ist unklar! Die polnische sozialistische Partei bekämpft die neue Regierung, weil die Regierungsparteien eine geheime Vereinbarung getroffen hätten, die zu veröffentlichen sie noch zögern. Durch diese Vereinbarung beabsichtigen die Vertreter der Großgrundbesitzer, der Industriellen, der Kaufleute und der mit Geld und Landbesitz gesättigten Bauern, den Achtstundentag zu beiseitigen, die Krankenkassen zu vernichten, Streiks in der Landwirtschaft, im Bergbau, bei den Eisenbahnen, in den Elektrizitätsanlagen, Gasanstalten, Bäderreien usw. mit schwerem Kerker zu bestrafen.

Was bedeuten aber solche nichtigen Dinge gegenüber jenen Großmachtpolitikern Rußlands, die die dritte Internationale verfolgen?

Weiter verlangt die P.P.S. von der Regierung eine echte Friedenspolitik nicht nur dem östlichen Nachbar, sondern auch Deutschland gegenüber. Sie fordert von der heutigen russophilen und reaktionären Regierung Polens eine Verständigung mit Deutschland. **Wacław Schmidt.**

Die „Rote Fahne“ hatte behauptet, daß die bayerischen Generale Köhl und v. Lossow an der Münchener Verschwörung, die durch den Prozeß von Rastatt aufgedeckt worden ist, teilgenommen hätten. Von zuständiger Stelle ist gegen das Blatt Strafantrag gestellt worden. Weiter wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die an dem Prozeß beteiligten Offiziere Major Ranz und Leutnant Reuber seit langem nicht mehr Angehörige der Reichswehr sind. Sie sind bei der endgültigen Aufstellung der Reichswehr aus dem Heeresdienst ausgeschieden.

Klara Zetkin schwer erkrankt. Die „Kupfress“ aus Moskau meldet, daß Klara Zetkin, die zu der Exekution der kommunistischen Internationale nach Moskau gekommen war, schwer erkrankt. Ihr Zustand sei besorgniserregend.

Devisenkurse.

	26. Juni		25. Juni	
	Käufer (Geld)	Verkäufer (Geld)	Käufer (Geld)	Verkäufer (Geld)
1 holländischer Gulden	49176.50	49423.50	44638.—	44862.—
1 argentinische Papier-Peso	44583.—	44812.—	40995.50	40701.50
1 belgischer Franc	6808.—	6842.—	6000.50	6040.50
1 nordwestliche Krone	20847.50	20982.50	18668.—	18747.—
1 dänische Krone	22443.50	22556.50	20843.—	20451.—
1 schwedische Krone	83416.—	83584.—	80174.—	80326.—
1 finnische Mark	—	—	8142.—	8168.—
1 japanischer Yen	—	—	—	—
1 italienische Lire	5546.—	5574.—	5112.—	5138.—
1 Pfund Sterling	578550.—	581450.—	528694.—	526818.—
1 Dollar	125885.—	126315.—	113964.—	114536.—
1 französischer Franc	7755.50	7794.50	7052.—	7058.—
1 brasilianischer Milreis	18468.—	18584.—	11870.—	11930.—
1 Schweizer Franc	22443.50	22556.50	20898.50	20501.50
1 spanische Pesta	18853.—	18747.—	16857.50	16942.50
100 österr. Kronen (abgez.)	—	—	100.09	100.91
1 schweizerische Krone	—	—	—	—
1 ungarische Krone	—	—	12.68	12.44
1 bulgarische Leva	—	—	1218.50	1223.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1801.50	1808.50

Im Saal.

Die Saalgasse ist im Straßenbilde eine der unerfreulichsten Erscheinungen. Sie aus dem älteren Berlin nach und nach verschwinden zu lassen, war schon in Friedenszeiten nicht ganz leicht und erforderte neben langjährigen Verhandlungen mit Abfindungen und Entgeltnungen große Kosten. Die früheren Berliner Vorortgemeinden mit ihren freien Geländen waren darin weniger ängstlich und legten immer wieder kurze Straßen an, bei deren Ende plötzlich — „die Welt mit Brethern vernagelt war“. Zwar war der Name Gasse, wie im alten Berlin, längst verpönt. Nur am Anfang wurde schämig ein schwarzweißer Polizeipfahl aufgestellt mit der Ankündigung, daß die Straße in einen toten Winkel endet. Saalgassen sind fast alle diese in den letzten Friedensjahren angelegten Halbstraßen geblieben, weil der Krieg die bauliche Entwicklung verhindert. „Ach, hier muß es sich herrlich ruhig leben“, sagt so mancher Unerfahrene. — Mensch, ziehe niemals in solche moderne Lasteraltes hinein! Durch diese hohe Gasse müssen sie ja kommen, die da hinten wohnen und denen die da vorn „nicht grün“ sind. Du hast gar keinen anderen Ausweg und mußt täglich Speikrüten laufen vor deinen allerliebsten Nachbarn. Die Intellektuellen und Edelherzigen warten auf dich. Breit über die Brüstung des Balcons oder der Loggia gelehnt, haben sie stets Zeit, dir einen warmen Empfang zu bereiten. Sie bewerschen dich mit steiflichen „Spitzen“, wissen genau, was du übermorgen im Kochtopf hast, und kennen überhaupt deine intimsten Gewohnheiten, weil du rettungslos an ihnen vorbei mußt. Ob du einen kleinen Schwips nach Hause bringst oder einen Amerikabrief erhältst oder dich mit deinem Ehegpons „gerollt“ hast — es ist im Nu brühheiß herumgetragen, denn in der Saalgasse geißelt der Hauskloß in Reinkultur. Solche Kaufesellen niemals wieder anzulegen wäre eine Wohlthat. Nur für den Nerven- und Irrenarzt sind sie gut genug, seine Kenntnisse zu bereichern.

Der Schülergarten am Panke-Ufer.

Praktische Arbeit proletarischer Eltern.

Die weltliche Schule in der Göttemburger Straße feierte am Sonntag die Einweihung ihres am Panke-Ufer in der Christianiastraße besetzten Schülergartens. Der Garten, der durch aufopfernde Arbeit der Elternschaft aus dem, brachliegenden Grundstück entstanden ist, macht bereits jetzt mit seinen Terrassen, Rosenzäunen, Beeten, Spiel- und Unterrichtspflanzungen einen anheimelnden Eindruck. Er soll in erster Linie nicht der Gewinnung möglichst wertvoller Bodenprodukte, sondern der gesunden und geistigen Förderung der Schüler, dem Unterricht im Freien, vor allem aber der Erziehung zur Arbeit und zum Gemeinschaftsgeist zum Kameradschafts- und Solidaritätsgefühl dienen. Genosse Veld, der als Bürgermeister des Bezirks Wedding sich im Verein mit dem Bezirksrat große Verdienste um das Zustandekommen des Wertes erworben hat, betonte im Verlauf der Einweihungsfeier, daß die Opferfreudigkeit der Elternschaft, ihr Interesse für die weltliche Schule, das sich in großen Leistungen und in harmonischem Zusammenarbeiten mit der Behörde äußerte, die beste Gewähr dafür biete, daß alle Anschläge der Schulreformer gegen die weltliche Schule, wie z. B. die jetzt erstrebte Konfessionsfremdung der Lehrerbildung, ihr volkstümliches Ziel nicht erreichen werden. Der Opfermuth der Eltern hat sich übrigens in glänzender Weise auch anderweitig gezeigt. Hundert Mütter haben dem Schulhaus und allen seinen Räumen von oben bis unten mit reichlichem Aufwand von Putzmaterial die sehr notwendige gründliche Säuberung zuteil werden lassen. Barmittel im Betrage von fast einer Million sind für Garten, Buchbinderei, Wandgemälde und Lehrmittel aufgebracht. Werkzeuge und Material aller Art sind gespendet worden. Da aber ein Arbeitsunterricht in unserem Sinne, der Freude an der Schule in den Kinderbergen wecken und Gemeinsein in ihnen entwickeln soll, große Mittel erfordert, ist Genosse Rektor Ried, im Schulhause, Göttemburger Str. 2 (rotes Haus) gern bereit, weitere Spenden entgegenzunehmen.

„Rotes Kreuz“ und Hakenkreuz.

In den Sanitätskolonnen vom „Roten Kreuz“ war früher kein Platz für Sozialdemokraten. Man schalt sie waterlandsche Gefellen und verlangte nicht nach ihrer Mitarbeit. Heute ist in dieser Beziehung manches anders geworden, aber die älteren Genossen haben jene Haltung des „Roten Kreuzes“ nicht vergessen. Wer kann sich wundern, daß sie voll Mißtrauen beim „Roten Kreuz“ noch viel von dem alten Geist vermuten? Diesen Argwohn stützt eine Beobachtung, die in Reußhills auf dem Hof des Kaiser-Friedrich-Gymnasiums bei einer Uebung der Sanitätär des „Roten Kreuzes“ gemacht wurde. Als nach Schluß der Uebung der ganze Trupp samt den Exerziermeistern abmarschierte, wurde — das „Ehrhardt-Blod“ angestimmt. „Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarzweißrotes Band, die Brigade Ehrhardt werden wir genannt“, klang es hinaus zu den Fenstern des Schulhauses im roten Reußhills. Das gibt doch zu denken, daß ohne Scheu das Hakenkreuz sich dem „Roten Kreuz“ zugesellt.

Sonntags-Sonderzüge an die Ostsee.

Wie bereits berichtet, hat sich das Reichsverkehrsministerium entschlossen, wie in früheren Jahren Sonderzüge zu ermäßigten Preisen an die Ostsee vorzulegen zu lassen. Wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände“ mitteilt, verkehren diese Sonderzüge am 30. Juni, am 7., 14., 21. und 28. Juli von Berlin Stettiner Bahnhof um 11.30 Uhr abends, an Stettin 1.59 Uhr früh. Im Anschluß an diesen Zug fährt der Braunsch-Dampfer von Stettin um 4 Uhr morgens und erreicht Sahnitz um 11.15 Uhr vormittags. Er legt in Swinemünde, Heringsdorf, Sellin oder Bins und Sahnitz an. Am Sonntag nachmittags verläßt der Dampfer Sahnitz um 3 Uhr nachmittags, nimmt unterwegs die Besucher der Ostseebäder wieder auf und ist um 10.30 Uhr abends in Stettin. Der Sonderzug fährt ab Stettin um 11.30 Uhr nachts und ist in Berlin um 2.07 Uhr früh. Fahrkarten für die Sonderzüge werden nur in Verbindung mit Schiffskarten bei der Fahrkartenausgabe des Stettiner Bahnhofs in Berlin zu ermäßigten Preisen ausgegeben.

Neue Kaffeehauspreise.

Die familiären Kaffeehäuser in Groß-Berlin sind je nach Lage, Ausstattung und Publikum in drei Klassen eingeteilt, für welche die „Deutsche Kaffeehaus-Zeitung“ die neuesten Richtpreise veröffentlicht. Hiernach sind in der zweiten Klasse beispielsweise zu zahlen für Bohnenkaffee 2000 M., Mokka, Schokolade, Kakao oder Tee 2800 M., Loete 1500 M., Brog 5000 M., ein Liter 1500, Limonade 2000 bis 2800, Selter 900, Eis 3000, ein belegtes Brot 5000 M. In der ersten und dritten Gruppe hat man des Bergangenen des Bezahlers durchschnittlich etwa 10 Proz. billiger oder teurer. Viele Kaffees, selbst solche mit allabendlichem Konzert, richten sich aber nicht nach diesen Richtpreisen, sondern fordern erheblich weniger.

Blünderer vor dem Schwurgericht.

Im November vorigen Jahres fanden, als die erste Teuerungswelle einsetzte, in Reußhills Arbeitlosenunruhen statt, bei denen an verschiedenen Tagen Lebensmittelgeschäfte, Warenhäuser u. a. geplündert wurden. Am 9. November war ein Trupp von 20 bis 30 meist junger Burschen vom Arbeitsnachweis aus losgelassen und hatte ein Lebensmittelgeschäft geplündert. In wenigen Minuten waren alle erreichbaren Fleisch- und Wurstwaren im Werte von damals 100 000 M. zusammengerollt und verteilt. Der Trupp zog dann nach einem zweiten Laden, den dasselbe Schicksal ereilte. Die Anregung zu den Blünderungen soll von einem jungen Manne,

der den Spitznamen „Matrosenfritz“ führte und der nicht ermittelt werden konnte, ausgegangen sein. Am 11. November wurde die Filiale der Reußhills Grobhandels-Gesellschaft in der Berliner Straße, am 17. November das Geschäft der Konsumgenossenschaft und am 18. November ein Wollwarengeschäft gestürmt. Diese Vorgänge hatten gestern ein Nachspiel vor dem Schwurgericht II in einer Anklage wegen Landesfriedensbruch gegen den Hausdiener Herbert Bieruzewski, die Arbeiter Fritz Lange, Radack und Julius Reichmann. Der Fritz Lange ist wegen Rädelsführerschaft angeklagt. Er ist im ganzen geständig. Die Rechtsanwälte Bahn, Dr. Hoch und Tasse boten, die Jugendlichkeit der Angeklagten, sowie die durch die ungeheure Preissteigerung hervorgerufene bittere Notlage, die die Massen zur Verzweiflung getrieben habe, zu berücksichtigen. Das Urteil werden wir mitteilen.

Wie man zur Wohnungsausstattung kommt.

Ein neuer Streich des Staatsanwalts König.

Der durch seine verwegenen Streiche vor früher uns unter dem Spitznamen Staatsanwalt König bekannte Ein- und Ausbrecher Robert Lange hatte am 15. v. M. seine langjährigen Freiheitsstrafen wieder abgelehnt, indem er aus dem Gefängnis in Sonnenburg entwich. Kaum ist er in Berlin wieder untergetaucht, da macht er wiederum durch einen neuen Streich von sich reden. Lange hatte die Bekanntheit der Tochter des Besitzers eines großen Etablissements in Lichtenberg gemacht und stand im Begriffe, sich mit ihr zu verloben. Um sich die Möbelausstattung und den Festbraten zu verschaffen, verband er sich mit dem ebenfalls bekannten Suchthäuser Karl Schehr. Beide trugen sich mit dem Gedanken, einen beladenen Möbelwagen zu stehlen. Die Gelegenheit bot sich bei ihnen am 23. d. M., als ein Möbelwaggon der Firma Pfaff vor dem Hause Uhlandstr. 124 hielt. In einem günstigen Augenblick schwang sich Lange auf den Bod des Fuhrwerks und jagte mit diesem davon. Im Galopp ging es nach Lichtenberg hinaus, und zwar in einem solchen Tempo, daß er mehrere Möbelstücke unterwegs verlor. Im „Volksgarten“ wurde der Wagen sofort entladen. Der Besitzer des „Volksgartens“, Müller, kaufte die Möbelstücke für zwei Millionen Mark von Lange. Die Pferde stellte er unter der Sommerbühne des Gartenlokals unter. Der Wagen selbst wurde sofort perlegt, um in Einzelstücken zum Verkauf zu kommen. Da die Gesellschaft für das Verlobungsfeiern auch einen Braten brauchte, so wurde schnell entschlossen eins der beiden Pferde abgeschlachtet. Inzwischen war Kriminalkommissar Seimener mit seinen Beamten den Dieben auf die Spur gekommen. Bei einer Durchsuchung des „Volksgartens“ wurden sie durch das Wiedereintreten des Pferdes unter der Sommerbühne aufmerksam. Später fanden die Beamten dann auch noch das Fleisch des abgeschlachteten Tieres. Die ganze Gesellschaft wurde dingfest gemacht.

Zerrige Annahmen über Wohnungstausch.

Das Zentralamt für Wohnungsweien teilt mit: Im Zusammenhang mit der Aenderung der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel werden Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates, insbesondere zwei Beschlüsse über Wohnungstausch in unklarer und irreführender Form verbreitet. Das Publikum glaubt daher, diese vorläufig rein theoretischen Beschlüsse seien schon Gesetz. Das Zentralamt für Wohnungsweien warnt ausdrücklich Kaufparteien, sich auf den Wortlaut dieser Beschlüsse zu stützen oder gar gesetzwidrige Schritte zu unternehmen. Einstweilen ist an den bestehenden Kaufvorschriften noch nichts geändert.

Ein Mordveruch an einer Greisin beschäftigt die Kriminalpolizei. Eine 20 Jahre alte Elise Tarnowski und eine Frau Siegel aus der Schulendorfer Straße 24 hatten die Absicht, die 74 Jahre alte Rentempfangerin Emma Rientrichen aus der Schererstraße 5 zu überfallen und zu berauben. Sie boten der alten Frau Stoff zum Verkauf an und übergaben ihr ein Paket, das in Wirklichkeit eine alte, zerrissene Astrachanjacke enthielt. Als die Frau es ablehnte, das Paket zu öffnen, stießen beide über die Greisin her, schlugen sie nieder, um sie mit einem mitgebrachten Strick zu erdrosseln und dann zu berauben. Dazu kam es aber nicht, da durch den Alarm Hausbewohner aufmerksam wurden. Die Täterinnen ergriffen unter Zurücklassung des Pakets und ohne Beute die Flucht. Während es bisher gelungen ist, die Siegel festzunehmen, wird die Tarnowski noch gesucht.

Aufführung eines Mordes. Ein Mord, der im Jahre 1920 großes Aufsehen erregte, hat erst jetzt seine Aufklärung gefunden. In der Nacht zum 2. September 1920 wurde, wie noch in Erinnerung sein dürfte, die Schauspielerin Erna Klemm, geborene Klug, in ihrer in der Bülowstraße gelegenen Wohnung erdrückt aufgefunden. Der Verdacht lenkte sich auf ihren damaligen Geliebten, den Kaufmann Rüpmann Bemercy, einen russischen Staatsangehörigen, der seit jener Nacht verschwunden war. Er hatte sich über Köln nach Paris und London begeben und konnte jetzt erst in Antwerpen verhaftet werden. K. kündigt die Tat, wird aber durch die Befundungen von Zeugen stark belastet.

Der Oberpostinspektor als Briefmarder. Das Schwurgericht München hat den vormaligen Oberpostinspektor Pfaffinger aus München, der von 1920 bis 21. Februar 1923 Auslandsbriefe und auch Warenproben aus den von ihm kontrollierten Postbüros unter Umgehung und es namentlich auf Dollarbriefe aus Amerika abgehoben hatte, wegen fortgesetzten Diebstahls im Amt zu 6 Jahren Zuchthaus und 100 000 M. Geldstrafe und zu 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Weitere Erhöhung der Droschkenpreise. Der Polizeipräsident hat eine weitere Erhöhung der Droschkenpreise genehmigt, wonach betrogen die Fahrpreise für Norddroschken das 7000fache, die Fahrpreise für Kraftdroschken das 10000fache des durch den Fahrpreisanzeiger angegebenen Satzes.

Billiger Ferienaufenthalt im Arbeiterjugend-Landheim am Duenzsee bei Brandenburg a. d. Havel bietet sich für Kraken im letzten Schuljahr. Näheres im Jugendsekretariat, SW 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Trp., Zimmer Nr. 11, von 9 bis 4 Uhr.

Elternverammlung. Mittwoch, den 27. d. M., abends 7 Uhr, findet eine öffentliche Elternverammlung der 50. und 68. Gemeindefschule in der Schulaula Reichenderger Str. 44/45 statt. Die weltliche Schule als wahrhaft kritische Schule. Referent: Lehrer Adolf Koch. Näheres hiesige Ausdrache.

Der Verbandsrat der D.D.P. Polizeibeamten des Bezirkesverbandes Groß-Berlin hält heute Dienstag, den 26. Juni 7 Uhr, im Deutschen Vereinshaus, Eilasserstr. 3, bei Friedel eine wichtige Besprechung sämtlicher Parteifunktionäre der Polizei mit den Bezirksleitern ab.

Mathematisches Gedächtnisfest im Film. Die am Sonntag stattgehabene Feier ist in einzelnen Abfahnen filmisch von der Deulig aufgenommen worden und wird in der Rechter-Boche der Deulig demnächst vorgeführt werden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, jedoch unbeständig mit wiederholten Regenschauern und frühen westlichen Winden.

Schweres Hochbahnunglück in New-York.

Die New Yorker Hochbahn ist von einem schweren Unglück betroffen worden. Gestern nachmittag sind im Brooklyn Geschäftsviertel zwei Wagen der Hochbahn vom Bahndamm auf die Straße gestürzt. Sechs Personen wurden getötet, 40 verwundet.

Das größte Sägewerk der Welt niedergebrannt. Das größte Sägewerk der Welt, Kaffet, in der Nähe von Gese, ist heute nacht durch ein Großfeuer vernichtet worden. Der Schaden wird auf 3 Millionen Kronen geschätzt. Kaffet gehörte der Korbus A. G.

Gewerkschaftsbewegung

Die Inflationsgefahr.

Zu unseren Ausführungen gegen die Haltlosigkeit der vom Reichsfinanzministerium und auch von Unternehmern gemachten Einwendung, daß die Bezahlung der vereinbarten Löhne — und etwas anderes sind wertbeständige Löhne nicht — zur Inflation führen würde, macht man folgenden scheinbar triftigen Einwand geltend: die Unternehmer, die die Ware erst nach der Herstellung verkaufen und jetzt schon in ihren Lieferungsverträgen vielfach die Lohnklausel haben, würden es immer verstehen, jede Lohnerhöhung abzumildern. Wie man es auch drehen mag, als Verbraucher werde der Arbeiter nichts weiter gewinnen als eine größere Masse von papiernen Zahlungsmitteln. Dabei sei eine Ausblähung unseres Notenumlaufs unvermeidlich.

Wäre es mit der Abmildung so einfach, dann würden sich die Unternehmer nicht gegen die Einführung wertbeständiger Löhne sträuben. Beweis werden die Unternehmer, wie sie es jetzt schon vielfach tun, ganz allgemein die Lohnklausel anzuwenden: steigen die Löhne, dann wird auch der Preis entsprechend erhöht; gewöhnlich noch etwas darüber.

Über die Preissteigerung hat ihre natürliche Grenze, und zwar im Weltmarktpreis. Ueber den Weltmarktpreis kann keine Industrie auf die Dauer hinausgehen.

Der natürliche Prozeß der kapitalistischen Produktion ist nicht die Hinaufreibung der Preise, sondern ihre Hinabdrückung. Jeder Industrielle ist bestrebt, die Konkurrenz bei gleichwertiger Ware durch billigere Preise auszustechen. Das kann er durch rationelle Betriebsführung, Einschränkung und möglichste Ausnutzung des Verbrauchs im Produktionsprozeß, technische Verbesserung der Betriebsmittel, intensive Anspannung der Arbeiter, geschicktes Operieren beim Einkauf der Rohstoffe usw.

Dieser natürliche Prozeß ist in Deutschland durch die Entwertung der Löhne, die eine Folge der Geldentwertung ist, gegenwärtig fast ganz ausgeschaltet. Man drückt auf die Markt, um die Preise zu steigern, die Reallohne und die Steuerlasten zu senken, und kann dann trotz unrationeller Wirtschaft immer noch billiger liefern als die ausländische Konkurrenz. Gefördert wird dieses System durch die allgemeine Kartellierung der Industrie, ganz besonders der Schwerindustrie, die heute in Deutschland die schlimmste aller Zwangswirtschaften eingeführt hat und die Fertigungsindustrie unter ihrer Vormundschaft hält. Die Folgen dieser Zwangswirtschaft zeigen sich bereits sehr deutlich. Trotz der Dumpingtarife der Eisenbahn, trotz der fortgeschrittenen Entwertung der Reallohne, trotz der viel geringeren Löhne durch unsere staatsfeindliche Steuergegebung geht die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie zurück.

Zugleich verschleudern wir mit der Arbeitskraft unseres Volkes unsere Waren. Jeder neue Marktzug bedeutet nicht allein eine Kapitalverschwendung innerhalb Deutschlands, ein weiteres Verarmen des Mittelstandes, eine weitere Verdrängung aller auf Papiermarkteinkommen angewiesenen, eine weitere Steuerlast der Besitzenden, eine weitere Zusammenballung von Riesengewinnen, eine weitere Einschränkung unserer Wirtschaft; die auf Kosten aller Arbeitenden gemachte Beute müssen die Freibeuter der Markverschlechterung teilen mit dem valutastarken Ausland, mit allerlei internationalen Schiebern und Agiotieren. Nicht die Hinabdrückung der Preise — in Papiermark ausgebrückt —, sondern die Hinaufreibung, in Wirklichkeit aber die Verschleuderung der Arbeitskraft, ist heute die treibende Kraft der deutschen Wirtschaft. Diese ist es, und sie vor allem, die zur Inflation geführt hat.

Was gegenwärtig gemacht wird, ist gerade das, was man mit komisch wirkenden Kassandrarufen voraussetzt; nämlich eine geradezu wahnsinnige Inflationswirtschaft. Im Augenblick aber, wo die Spekulation auf die Entwertung der Löhne durch die Marktentwertung aufhört, weil der Unternehmer verpflichtet ist, den ausbedungenen Lohn auch wirklich zu zahlen, hört auch das Interesse an der Hinaufreibung der Preise auf. Der Unternehmer wird wieder darauf bedacht sein müssen, billiger zu produzieren, um seine Konkurrenten zu schlagen.

Billiger aber nicht durch die Markverschlechterung, denn die wird ihm nicht mehr viel nützen, sondern durch die Rationalisierung des Betriebes. Und da jede Markverschlechterung gleichbedeutend ist mit einer Verschlechterung der Waren an das Ausland, gegen die der Unternehmer sich nicht mehr schädlos wird halten können auf Kosten der deutschen Arbeiter und Angestellten wie auf Kosten des deutschen Staates, wird er ein Interesse haben an der Stabilisierung der Mark. Die Stabilisierung der Mark aber ist das Ende der Inflation.

Der Streik im Berliner Holzgewerbe.

Gemäß dem Beschluß der kombinierten Generalversammlung vom Freitag stellten die Holzarbeiter am Montag in allen Betrieben des Gewerbes, in denen die Forderung von 100 Proz. Lohnzulage für die Woche vom 17. bis 23. Juni und 125 Proz. für die Woche vom 24. bis 30. Juni nicht bewilligt wurde, die Arbeit ein. Die Streikkontrolle registrierte am ersten Streiktag 486 Betriebe mit insgesamt 9580 streikenden Holzarbeitern.

Charakteristisch ist die Einstellung fast sämtlicher Betriebsinhaber zu ihrer Organisationsleistung; denn fast ausnahmslos bringen laut Meldung der Betriebsvereinigungen die Arbeitgeber und Betriebsinhaber zum Ausdruck, daß nicht nur die geforderten Löhne bezichtigt sind, sondern auch Bereitwilligkeit ihrerseits vorliegt, weit über die Höhe hinaus Zugeständnisse zu machen, wenn die Organisationen solche vereinbaren. Diese Tatsachen stehen mit dem Verhalten der Leute im Paetz im krassen Widerspruch und lassen darauf schließen, daß jene Scharmacher diesen Kampf vom Zaun gebrochen haben, um eine Ruhepause für Spekulationszwecke zu haben. Wiederholt haben jene Leute offen zum Ausdruck gebracht, daß ja die Warenbestände die Sachverhalte sind und in ihrem Werte nur steigen. Die Holzarbeiter kennen das Spiel dieser Löhnertrauer, die sich nicht nur erdreisten, Facharbeitern die erbärmlichsten Löhne aller Arbeiterkategorien anzubieten, sondern darüber hinaus den Mut aufbringen, ihre Lehrlinge mit Wochenentlohnabzügen in der Höhe des Gehalts einer Straßenbahnfahrt nach Hause zu schicken. Gegen diese Art Menschenfreude werden die Holzarbeiter ihren erbitterten Kampf zu führen wissen, um ihnen dieses Handwerk zu legen.

Ueber den Stand der Streikbewegung werden die im Kampf Stehenden voraussichtlich am Freitag den Bericht der provisorischen Streikleitung entgegennehmen und nach Lage der Situation ihre Kampfpläne einstellen.

Achtung, streikende Holzarbeiter! Alle die Kollegen, die am Sonnabend bzw. Montag in den Streik getreten sind, müssen ihre Bücher sowie die mit Unterschrift versehenen Quittung am Mittwoch, den 27., früh 9 Uhr, abschließen. Die Ortsverwaltung.

Konflikt in der Metallindustrie.

Gestern fanden zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Verband Berliner Metallindustrieller Verhandlungen über den Leuerungsausgleich statt. Die Unternehmer lehnten nicht nur jeden Leuerungsausgleich ab, sondern zogen selbst das in den vorherigen Verhandlungen gemachte Zugeständnis von 6500 M., das inzwischen durch die Leuerung längst überholt ist, zurück. Sie beziehen sich auf den Dollar! Der Dollar sei wieder gesunken. Er steht so um 120 000. Man könne also umhüllich mehr als 5500 Mark Spitzenlohn zahlen. Das ist ungefähr der 15. bis 20. Teil des Lohnes eines amerikanischen Metallarbeiters. Bei solchen Hungerlöhnen sollen die deutschen Arbeiter leistungsfähig bleiben!

Da man sich unter diesen Umständen nicht einigte, beschloß man, das Reichsarbeitsministerium anzurufen. Die Verhandlungen finden voraussichtlich morgen statt. Bei der Einstellung der Metallindustriellen muß mit einem Kampf gerechnet werden. Die Lage der Berliner Metallarbeiterschaft ist einfach unerträglich geworden. Und dabei behaupten die Vertreter der Unternehmer, daß die Arbeiter in letzter Zeit „verwöhnt“ worden wären!

Lohnabkommen der Metallangestellten.

Am 13. Juni lehnten die Funktionäre des IFA-Bundes, Fachgruppe Metall, das Angebot der Unternehmer, das eine Zulage von 105,2 Proz. für den Monat Juni vorschlug, ab. Neue Verhandlungen fanden am 25. Juni vor dem Schlichtungsausschuß statt. Gestern abend waren die Funktionäre der Fachgruppe Metall im „Ludauer Hof“ zahlreich versammelt, um das neue Verhandlungsergebnis entgegenzunehmen. Günther erstattete den Bericht. Die Verhandlungen haben einen erbedlich langen Zeitraum erfordert. Die Forderung der beteiligten IFA-Verbände betrug 200 Proz. Weiter wurde gefordert, die regelmäßige halbmönatliche Zahlung einzuführen, und zwar so lange, bis andere Wirtschaftsverhältnisse Platz greifen würden. Im Laufe der Verhandlungen erbrachten die Arbeitnehmervertreter den Beweis, daß die Reichsbeamten und die Angestellten der öffentlichen Behörden für den Monat Juni eine Zulage von 192 Proz. auf das Realgehalt erhalten haben. Deht gaben selbst die Unternehmer zu, daß die 105 Proz. als nicht mehr zeitgemäße Forderung in Frage kämen, doch an 200 Proz. sei nicht zu denken. Worte wie „Notlage der Industrie“ und — „fallender Dollar“ führten die Arbeitgeber als Beweismomente ins Feld. Nach langen Auseinandersetzungen boten sie 110 Proz. Mit Rot und Mühe konnte dann endlich ein Spruch gefällt werden, der eine 147-prozentige Lohnaufbesserung gegenüber dem Reallohn festsetzt. Die Frage der halbmönatlichen Zahlung konnte noch nicht geklärt werden. Im übrigen empfiehlt die Tarifkommission die Annahme des Spruches. Rothe vom Deutschen Werkmeisterverband teilte zur Ergänzung des Berichts mit, daß die Erläuterungsfrist am 29. Juni ablaufe. Die Auszahlung der neuen Gehälter solle spätestens bis zum 15. Juli erfolgen.

Nach einer kurzen Diskussion wies Günther in seinem Schlusswort darauf hin, daß die Kollegenchaft pünktlicher die Beitragsabrechnungen vornehmen müsse. Es gilt die Schlichtkraft der Organisation zu erhalten. Darauf nahm die Versammlung das neue Lohnabkommen an.

Berliner Reichs-, Staats- und Kommunal-Betriebsräte.

Eine Vollversammlung der Betriebsräte der öffentlichen Betriebe fand am 20. Juni im Lehrervereinshaus statt. Der Referent Kühn von den Elektrizitätswerken erklärte, daß Zweck und Ziel der Versammlung sei, einen engen Zusammenschluß der einzelnen Gruppen herbeizuführen, um zu erreichen, daß bei Tarifverhandlungen eine einheitliche und geschlossene Front aller beteiligten

Gruppen herbeigeführt wird. Es soll unter allen Umständen vermieden werden, daß durch wilde Streiks oder Teilkaktionen die Belegschaft einzelner Betriebe einen Kampf aufnehmen, der von vornherein zur Ohnmacht und zur Niederlage verurteilt sei. Der KDSB und die Spitzenvertreter der Verbände mühten ernst machen mit der Einführung eines anderen Entlohnungssystems, das jedem Arbeiter ein Existenzminimum für seine Familie auf Grund der Vorkriegszeit gewährleistet. Aufgabe der Gewerkschaft sei es, Lohnbewegungen zu führen; die Betriebsräte als Einbegleit zwischen Gewerkschaftsführer und der Masse der organisierten Kollegen hätten jedoch ein Anrecht darauf, daß ihren Wünschen Rechnung getragen wird.

In der Diskussion werden von fast allen Debattierenden diese Ausführungen unterstrichen. Auch die Redner vom Verkehrsband erklärten, daß es in diesem Rahmen möglich sei, Ersprießliches für die Arbeiterkraft zu leisten, warnten aber davor, daß die Betriebsräte allein irgendwelche Aktionen durchführen. Es sei zweckmäßig, in englischer Gemeinschaft mit den Gewerkschaften zu arbeiten. Der Vorsitzende, Schwanebeck, wies im Schlußwort ebenfalls darauf hin, daß die Betriebsräte nicht daran denken, ihre Aufgabe in der Bekämpfung der Gewerkschaften zu erblicken. Es sei vielmehr notwendig, die Gewerkschaftsführer durch die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die ja die Gewerkschaft bilden, so intensiv zu unterstützen, daß die Führer gezwungen seien, sich an die Spitze zu stellen und die Führung des Kampfes zu übernehmen. Eine Entschließung im Sinne des Referenten fand einstimmige Annahme.

Der 2ter Ausschuß wurde von der Vollversammlung bestätigt. Kurz vor Schluß der Versammlung erschien eine Delegation der Verwaltung des Holzarbeiterverbandes aus ihrer Funktionärskonferenz, um darauf hinzuweisen, daß ein Kampf in der Berliner Holzindustrie unausweichlich sei. Die Holzarbeiter erwarten, daß die Betriebsräte sie in ihrem Kampfe tatkräftig unterstützen werden, was zugesagt wurde.

Wahl der technischen Angestellten und Beamten. Mittwoch 7 1/2 Uhr. Mitglieder-Vollversammlung der Fachgruppe Papiere, in den Sophienböden (Sänger-Saal). Tagesordnung: 1. Berichtserstattung über die Jahresverhandlungen. 2. Aussprache über wertbeständige Löhne.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Für den Kampffonds der USPD wurden von den Mitgliedern des Bezirksamts Pantow 60 000 M. gesammelt, und durch Gen. P. Pinner an die Bezirkskassette abgeführt, worüber hierdurch mit bestem Dank öffentlich quittiert wird. J. A.: Alex Bogels.

- 7. Kreis Charlottenburg. Mittwoch, den 27. Juni, abends 7 Uhr: Ermittelte Wahlkonferenz im Rathaus, Zimmer 1.
- 8. Wkt. Mittwoch, den 27. Juni, 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Vollversammlung bei Ohngemach, Kommandantenstr. 89. Vortrag.
- 9. Wkt. Charlottenburg. Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Jahreshilf 8 und 9. Gruppe bei Reimer, Wilmersdorfer Straße 11. 10. Gruppe bei Hohn, Schloßstraße 45. Thema: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie im Stadtparlament.“

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

13. Wkt. Tempelhof. Unser 74-jähriger Genosse Franz Wildorf, wohnhaft Tempelhof, Friedhof-Wilhelmstraße 89, ist am Sonnabend, den 25. d. Mts., an den Folgen einer Operation verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 1/2 Uhr auf dem Friedhof in der Germaniastr. statt.

Aus der Partei.

Heftiger Parteitag.

Kassel, 25. Juni. (Eig. Draht.) Die Sozialdemokratische Partei des Bezirks Kassel-Walded hielt am Sonnabend und Sonntag in Kassel ihren diesjährigen Bezirksparteitag ab. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Sozialdemokratie auch im Kasseler Bezirk ihre alte Werbekraft in erfreulichem Maße sich bewahrt hat. Die Mitgliederzahl ist gestiegen. Auch die Kassenerhältnisse sind durchaus befriedigend. Der Parteibeitrag wurde ab 1. Juli für den Bezirk, auch für die ländlichen Kreise, auf 1000 M. pro Woche festgesetzt. Nach Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Richard Hauschild über den Internationalen Sozialistenkongreß in Hamburg und des Genossen Dr. Adolf Braun vom Parteivorstand über die politische Lage nahm der Bezirksparteitag nahezu einstimmig eine Entschließung an, in welcher die Politik und die Tätigkeit der Partei gebilligt und die Erwartung zum Ausdruck gebracht wurde, daß Reichstagsfraktion, Parteivorstand und Parteiauschuß alles tun werden, um die Ruhrkrise zu lösen und um eine weitere Verelendung der Massen zu verhindern. Eine weitere Entschließung mißbilligt die in Reich, Staat und dem Kasseler Bezirk gepflogene Personalpolitik und verlangte von den Abgeordneten, daß sie alles daran setzen, um eine wirkliche Demokratisierung der Verwaltung und eine der Stärke der Partei angemessene Vertretung in der Verwaltung herbeizuführen.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Otto Schick, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: J. Oetinger, Berlin; Heilung: J. O. Döhrer, Berlin-Wilmersdorf; Sozial- und Genossenschaft: Felix Hauschild, Berlin-Wilmersdorf; Anzeigen: Th. Gieseler, Berlin.

Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 1.

4 billige Herren-Kleider-Lage
Erfüllsige Herrenanzüge in allen erdenklichen Farben u. Moden, fow. Durschenanzüge, Sommer-Marengo-Paletots, Sommer- u. Winter-Schlüpfer, Regenmäntel, Cutawahanzüge, Kammergarnhoisen.
Alles unglaublich billig!
Jeder kommt u. staune. Bargeldvergütung bis 5000 M.
B. LUFT Reichenberger Str. 16
nur 1. Etage
gegenüber der Hochbahnstation am Rothfurter Tor, Straßen- und Hochbahnverbindung von Überoll.

STOFFE
für Anzüge und Kostüme, nur wirklich haltbare Qualitäten
Ohne Rücksicht auf den Dollarstand sind die Preise enorm billig, aber fest!
Besichtigung der Ware ohne Kaufzwang!
Fahrtgeld für Stadt- und Straßenbahn wird vergütet.

Lebensmittelhaus „Osten“
Frankfurter Allee 57, am Ring 57.
2. Gesch.: Götterstraße 17
3. Gesch.: Rosenthalerstr. 1a
Trotz hohen Dollarstandes
infolge genossenschaftlichen Großverkaufs billigste Preisgestaltung!
Große Auswahl in Lebens- und Genussmitteln aller Art.

Zwei feste Preise!
Zähne 8000 u. 10000 M. Friedenskautschukplatte einbegriffen.
Teillzahlung gestattet. Weitgehende 3 Jahre schriftliche Garantie.
Kronen (Brücken Zähne ohne Gummiplatte) 15000 M. Goldarbeiten billig.
Parad. technische Mundunterstützung u. Kostenausschlag gratis.
Ueber 20 000 Gebisse zur vollen Zufriedenheit geliefert.
Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung gratis.
Haivanl, Danziger Str. 1 (Hochbahn Danziger Str.) Ecke Schönhauser Allee.
Außerdem 10 Prozent Extra-Rabatt

Neues Unternehmen!
Tuchhaus Süden
Kottbuser Damm 4 (an der Brücke)
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngebisse zahlt unüberbittbare Preise
R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Straße 67.

Zahngebisse
auch zerbrochene per Zahn 20000-250000 M.
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten u. Edelsteine
kauft zu höchsten Tageskursen
Edelmetallverwertung Hlaltger
Laden, 121
Götterstraße

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität, stets vorrät., nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juweller
Lichtenberg, Frankl. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichs
Teleph. Lichtenberg 3322

Alte Gebisse auch zerbrochene
pro Zahn 25000 bis 300000 Mark.
Gold-, Dublet-, Silberbruch kauft zum Tageskurs Zahn-Ankaufstelle
B. Zymelski, Weißendorfer Str. 32
Legitimation erforderlich

Gebrüder Fuhrmann
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Zahngebisse
BERLIN W 30 Nollendorfstr. 39

Brillanten Gold-, Silber-, Platinbruch
Ankauf und Verwertung von
Ankaufs-Abteilung **MAX BUSSE** Gegründet 1878
Brunnenstraße 18 • An der Invalidenstraße